

**Protokoll der Delegiertenkonferenz
der AWMF
am 11. November 2000
in Frankfurt am Main**

Geschäftsstelle | office:
Moorenstr. 5, Geb. 15.12
(H.-Heine-Universität)
D-40225 Düsseldorf

AWMF-Büro Berlin
Friedrichstr. 130 a
D-10117 Berlin

Telefon (0211) 31 28 28; TeleFAX (0211) 31 68 19
e-mail: awmf@uni-duesseldorf.de
AWMF online: <http://www.awmf-online.de>

Beginn der Sitzung: 9.⁰⁰ Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt Prof. Reinauer als Gäste Prof. Dr. von Jagow (Medizinischer Fakultätentag), Prof. Dr. Sewing (Wissenschaftlicher Beirat der Bundesärztekammer) und Prof. Dr. Dr. h.c. Schreiber (Göttingen).

TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung

Prof. Reinauer schlägt vor, den Tagesordnungspunkt 12 nach dem Tagesordnungspunkt 4 zu behandeln, da Prof. Sewing am Nachmittag einen weiteren wichtigen Termin wahrzunehmen hat. Die Delegiertenkonferenz genehmigt diese Umstellung einstimmig.

TOP 2: Genehmigung des Protokolls der Delegiertenkonferenz vom 13. Mai 2000

Zum Protokoll sind keine schriftlichen Einwendungen eingegangen, auch aus der Delegiertenkonferenz kommen keine Einwände gegen das Protokoll, es wird einstimmig verabschiedet.

TOP 3: Aufnahmeanträge von Fachgesellschaften

1. Deutsche Gesellschaft für Recht und Politik im Gesundheitswesen:

Dr. Ehlers stellt die Gesellschaft vor und berichtet, daß sie 1963 gegründet worden sei und derzeit 316 Mitglieder umfaßt. Sie beschäftigt sich mit allen Fragen der Gesundheitspolitik, gibt eine eigene Zeitschrift heraus, veranstaltet Symposien und vergibt einen Wissenschaftspreis. Über 50 % der Mitglieder sind Ärzte und Juristen. Prof. Sewing berichtet, daß die Aufnahmekommission die Aufnahme dieser Gesellschaft nicht empfiehlt. Bei der Abstimmung sprechen sich 37 Delegierte für die Aufnahme aus, 20 Delegierte stimmen mit Nein und 7 enthalten sich der Stimme, womit die erforderliche $\frac{3}{4}$ -Mehrheit für die Aufnahme in die AWMF nicht erreicht wird.

2. Paul-Ehrlich-Gesellschaft für Chemotherapie:

Die Paul-Ehrlich-Gesellschaft umfaßt derzeit rund 900 Mitglieder, davon sind über 90 % Ärzte. Schwerpunkt der Tätigkeit ist die Antimikrobielle Chemotherapie mit einzelnen Arbeitsschwerpunkten, zu denen wissenschaftliche Jahrestagungen veranstaltet werden. Die Abstimmung ergibt keine Gegenstimmen und drei Enthaltungen, damit ist die erforderliche $\frac{3}{4}$ -Mehrheit erreicht und die Paul-Ehrlich-Gesellschaft als 133. Mitgliedsgesellschaft in die AWMF aufgenommen.

3. Gesellschaft für Pädiatrische Gastroenterologie und Ernährung:

Die Gesellschaft wurde 1985 gegründet und entspricht in ihrer Stellung innerhalb der Kinderheilkunde der Deutschen Gesellschaft für Verdauungs- und Stoffwechselkrankheiten im Bereich der Inneren Medizin. Die Gesellschaft veranstaltet Jahrestagungen und Kongresse und besteht überwiegend aus Ärzten. In der Abstimmung ergeben sich keine Gegenstimmen, bei drei Enthaltungen wird die erforderliche $\frac{3}{4}$ -Mehrheit erreicht und die Gesellschaft für Pädiatrische Gastroenterologie und Ernährung als 134. Gesellschaft in die AWMF aufgenommen.

TOP 4: Bericht des Präsidiums

- Diagnosis Related Groups (DRGs): Prof. Bock und Frau Dr. Messing-Jünger berichten über die Informationsveranstaltung der AWMF Anfang September in Münster und den Stand der Entwicklungen der DRGs bzw. der Anpassung der Klassifikationen (ICD-10 und OPS-301) zur Definition der DRGs. Die Vortragsfolien sind als **Anlage 1** dem Protokoll beigelegt. In der Diskussion ergibt sich, daß eine weitere Informationsveranstaltung der AWMF sinnvoll und notwendig sein wird, allerdings sollen zunächst einmal die ersten Erfahrungen mit dem Probeinsatz der DRGs ab Januar 2001 abgewartet werden. Deshalb wird eine Arbeitsgruppe gebildet, welche eine ausführliche Informationsveranstaltung im kommenden Jahr vorbereiten soll. Die Mitglieder dieser Arbeitsgruppe sollen von den Fachgesellschaften der AWMF-Geschäftsstelle genannt werden. Von dort aus erfolgt dann die Einladung zur ersten Arbeitsgruppensitzung.

- Seminar für Schatzmeister: Prof. Reinauer berichtet, daß am 23. September 2000 in Düsseldorf ein AWMF-Seminar für die Schatzmeister der Fachgesellschaften stattgefunden hat, an dem die Schatzmeister von rund 20 Fachgesellschaften teilgenommen haben. Der Referent hat der AWMF seinen Vortrag als Manuskript zur Verfügung gestellt. Die Geschäftsstelle der AWMF hat dieses Manuskript in der Zwischenzeit vervielfältigt und allen Schatzmeistern der Mitgliedsgesellschaften per Post zugestellt. Darüber hinaus ist das Papier jetzt auch als Sonderausgabe der AWMF-Mitteilungen über die Homepage der AWMF abrufbar: <http://awmf.org>, Rubrik Mitteilungen.

- Konferenz zur Umfrage des Sachverständigenrates: Prof. Reinauer berichtet über die Veranstaltung der AWMF am 23. Juni 2000, bei der Prof. Lauterbach für den Sachverständigenrat die Umfrage unter den Fachgesellschaften zur „Unter-, Über- und Fehlversorgung“ erläutert hat. Rund 20 Fachgesellschaften haben nach Kenntnis der AWMF auf diese Umfrage geantwortet, allerdings haben viele Fachgesellschaften ihre Antwort der AWMF bisher nicht zugänglich gemacht. Deshalb ergeht der Appell an alle Fachgesellschaften, ihre Antworten an den Sachverständigenrat auch der AWMF-Geschäftsstelle zuzusenden.

- Internationale Konferenz der Dachverbände: Prof. Reinauer berichtet über die 2. Europäische Konferenz der nationalen Dachverbände der wissenschaftlichen-medizinischen Fachgesellschaften am 9. September 2000 in Budapest, an der er und Herr Müller für die AWMF teilgenommen haben. Bei der Konferenz hat sich herausgestellt, daß in allen dort vertretenen europäischen Ländern ähnliche Probleme die wissenschaftlichen medizinischen Fachgesellschaften beschäftigen. Besondere Probleme sind die Fragen der elektronischen Publikation von nationalen Zeitschriften, der Literaturbewertung (Impact-Faktor), der Entwicklung von Leitlinien und das Verhältnis zu den jeweiligen Ärztekammern. Diese internationalen Treffen sollen weiter fortgesetzt werden, wobei sich das AWMF-Präsidium für einen losen Zusammenschluß der Dachverbände (Ständige Konferenz) und gegen die Gründung einer festen Organisation ausgesprochen hat.

- Bibliometrie: Prof. Brähler berichtet, daß derzeit eine Umfrage an den medizinischen Fakultäten der Bundesrepublik stattfindet, in der nach den angewandten Methoden zur Evaluierung von Forschung und Lehre gefragt wird. Die ersten Rückläufe sind eingegangen, die Auswertung kann bei der nächsten Delegiertenkonferenz vorgestellt werden. Prof. Brähler macht noch einmal deutlich, daß der Vorschlag der AWMF-Kommission zur Verwendung des Impact-Faktors nur für die Bewertung von Instituten oder Arbeitsgruppen angewandt werden sollte, daß aber auf keinen Fall eine Anwendung auf die Einzelbegutachtung zum Beispiel im Rahmen von Habilitations- oder Berufsverfahren stattfinden darf.

- Resolution „Hygiene in Klinik und Praxis“: Prof. Reinauer berichtet zunächst, daß die Kommission für Krankenhaushygiene beim Robert-Koch-Institut neu besetzt werden muß. Die AWMF-Geschäftsstelle hat die entsprechenden Fachgesellschaften gebeten, Vorschläge für Mitglieder dieser Kommission zu machen, welche dann von der AWMF dem Bundesministerium für Gesundheit bzw. dem Robert-Koch-Institut übersandt werden.

Dr. Rudolph berichtet, daß von Mitgliedern des „Nationalen Referenzzentrums für Krankenhaushygiene“ wiederholt in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt worden ist, dass bewährte und in der Regel auch wissenschaftlich abgesicherte Hygieneverfahren unnötig seien und nur den Status von Ritualen hätten. Insbesondere würde der Eindruck erweckt, als ob durch Einsparungen im Bereich der Hygiene die Kosten für den Betrieb von Krankenhäusern oder Praxen reduziert werden könnten. Deshalb liegt der Delegiertenkonferenz ein von mehreren Fachgesellschaften unterbreiteter Entwurf für einen Resolutionstext vor.

In der Diskussion wird bemängelt, daß die Vertreter des Nationalen Referenzzentrums nicht zur Delegiertenkonferenz eingeladen worden sind. Vertreter von Hygienefachgesellschaften und von operativen Fachgesellschaften weisen darauf hin, daß es bereits viele Diskussionen mit den Mitgliedern des Nationalen Referenzzentrums gegeben habe, durch welche allerdings keine Verhaltensänderungen der Vertreter des Referenzzentrums zu erzielen gewesen seien. Deshalb komme es jetzt darauf an, dem Bundesministerium für Gesundheit bzw. dem Robert-Koch-Institut gegenüber deutlich zu machen, daß dieses Nationale Referenzzentrum aufgelöst werden sollte. Der vorgelegte Resolutionsentwurf wird von verschiedenen Rednern als sprachlich zu scharf und persönlichkeitsbezogen angesehen. In der Diskussion wird deshalb verabredet, dass das Präsidium der AWMF die Formulierung der Resolution noch redaktionell überarbeitet. Die Resolution wird aber der Sache nach abgestimmt. Dabei ergeben sich 4 Gegenstimmen und 11 Enthaltungen, damit ist die Resolution mit großer Mehrheit von der Delegiertenkonferenz angenommen.

TOP 12: Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftlichen Beirat der Bundesärztekammer (vorgezogen)

Prof. Sewing als Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirates berichtet, daß derzeit insbesondere das Thema Präimplantationsdiagnostik vom Wissenschaftlichen Beirat bearbeitet wird. Das Bundesministerium für Gesundheit plant ein Fortpflanzungsmedizingesetz, in welchem ein Verbot der Präimplantationsdiagnostik vorgesehen ist. Zwischenzeitlich ist eine Enquete-Kommission dazu eingesetzt worden. Als weiteres Thema stehen die embryonalen Stammzellen und das therapeutische Klonen auf dem Programm des Wissenschaftlichen Beirates, außerdem das Thema: Bedeutung prädiktiver genetischer Testung.

TOP 5: Wahlen

Prof. Reinauer berichtet, daß er nach drei Amtsperioden nicht mehr für das Amt des Präsidenten kandidieren will. Als Kandidaten für seine Nachfolge seien dem Präsidium Prof. Encke (Chirurgie, Frankfurt) und Prof. von Wichert (Innere Medizin, Marburg) genannt worden. Prof. von Wichert erklärt dazu, daß er nicht beabsichtige, gegen Herrn Prof. Encke für das Amt des Präsidenten zu kandidieren, da er ja als stellvertretender Präsident bereits dem Präsidium der AWMF angehöre.

Prof. Reinauer berichtet weiterhin, daß als Nachfolger von Prof. Hartel auch ein stellvertretender Präsident der AWMF zu wählen sei; als einziger Kandidat sei dem Präsidium bisher Prof. Gaebel (Psychiatrie, Düsseldorf) genannt worden. Prof. Reinauer fragt das Auditorium, ob weitere Kandidaten benannt werden. Dies ist nicht der Fall. In der anschließenden schriftlichen und geheimen Wahl ergeben sich folgende Ergebnisse:

Wahl des Präsidenten:

Prof. Encke: 66 Stimmen,

Prof. Gaebel: 3 Stimmen,

5-Nein-Stimmen

Damit ist Prof. Encke mit großer Mehrheit zum Präsidenten der AWMF gewählt.

Wahl des stellvertretenden Präsidenten:

Prof. Gaebel: 61 Stimmen,
Prof. Encke: 3 Stimmen
6 Nein-Stimmen,
4 Enthaltungen

Damit ist Prof. Gaebel mit großer Mehrheit zum stellvertretenden Präsidenten der AWMF gewählt.

Prof. Encke bedankt sich für dieses Wahlergebnis und erklärt, dass er die Wahl zum Präsidenten der AWMF annimmt. Prof. Gaebel, der an der Teilnahme an der Delegiertenkonferenz verhindert war, hat in der Zwischenzeit die Wahl angenommen. Prof. Bock bedankt sich im Namen des Präsidiums bei Prof. Reinauer für dessen großes Engagement und die erfolgreiche Leitung der AWMF über neun Jahre hinweg. Prof. Reinauer und Prof. Hartel sprechen den übrigen Mitgliedern des Präsidiums und den Delegierten der Fachgesellschaften ihren Dank für die gute Zusammenarbeit in den zurückliegenden Amtsperioden aus.

TOP 6: Antikorruptionsgesetz

Prof. Schreiber berichtet über den Vorschlag der AWMF zur Änderung des Strafgesetzbuches, der im August von Präsidiumsmitgliedern und Prof. Schreiber mit der Bundesministerin für Justiz, Frau Prof. Däubler-Gmelin intensiv diskutiert worden ist. Darüber hinaus berichtet Prof. Schreiber über den Stand unterschiedlicher Prozesse mit dem Vorwurf der Vorteilsannahme oder der Bestechlichkeit gegen Ärzte. In vielen Fällen haben Ärzte der Einstellung der Verfahren gegen die Zahlung eines Bußgeldes zugestimmt, um einem Prozess aus dem Wege zu gehen. In der Zwischenzeit ist jedoch auch ein Prozess in Hamburg von den Angeklagten erfolgreich ausgestanden.

Prof. Schreiber weist darauf hin, daß vielerorts Regelungen mit den Verwaltungen der Kliniken getroffen würden, was aber aus Sicht der Wissenschaftler in erster Linie die Stellung der Verwaltungsdirektoren stärkt und keineswegs einen endgültigen Schutz gegen Anklagen nach dem Antikorruptionsgesetz darstellt. Solange das Strafgesetzbuch nicht im Sinne der AWMF geändert worden ist, ist es sicher notwendig, solche Regelungen weiterhin zu suchen, in erster Linie sollte aber der Antrag auf Änderung des Strafgesetzbuches weiter vorangetrieben werden.

Rechtsanwalt Dr. Dieners berichtet über die Erarbeitung eines „Gemeinsamen Standpunktes“ der Verbände im Gesundheitswesen, in dem auch Ratschläge gegeben werden, wie vertragliche Vereinbarungen zwischen der Industrie und Forschungseinrichtungen aussehen sollten. Die Broschüre mit diesem gemeinsamen Standpunkt ist zur Zeit im Druck, der Text kann aber bereits über die Homepage der Deutschen Krankenhausgesellschaft abgerufen werden (<http://www.dkgev.de>, Rubrik: Recht). Prof. Schreiber rät in diesem Zusammenhang den Fachgesellschaften, sich auch offensiv dafür einzusetzen, daß weiterhin eine Unterstützung für die Teilnahme an wissenschaftlichen Kongressen durch die Industrie möglich sein muß, nicht nur für die Teilnahme als Referent.

Prof. Gams berichtet über die Erhebung der Deutschen Gesellschaft für Thorax-, Herz- und Gefäßchirurgie zum Stand der Prozesse in diesem Bereich. Viele Verfahren sind gegen Zahlung eines Bußgeldes eingestellt worden.

In der Diskussion weist Prof. von Wichert darauf hin, daß die Komplexität des Problems noch durch Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern verstärkt wird, da zum Beispiel in Hessen die Drittmittelforschung als Dienstaufnahme im Sinne des Hochschulrechtes angesehen wird, während in anderen Bundesländern die Hochschulgesetze ausdrücklich den Hochschullehrern auferlegen, Drittmittel für Forschungszwecke einzuwerben. Prof. Reinauer schlägt vor, die Kultusministerkonferenz in

die Diskussion mit einzubeziehen, was von Prof. Schreiber ausdrücklich unterstützt wird, da dort auch eine große Verunsicherung herrsche. Es sollten jedoch auch die Länder-Justizminister mit einbezogen werden. Herr Dieners weist darauf hin, daß die Erfolgsaussichten für eine Gesetzesänderung umso größer werden, je aktiver sich die wissenschaftlichen Organisationen in der AWMF dafür einsetzen. Prof. Reinauer fordert die Fachgesellschaften auf, aufgetretene Behinderungen in der Forschung, Fortbildung oder Kongressbesuchen durch das Antikorruptionsgesetz der AWMF zu berichten. Nur bei nachgewiesenen Rückgang z.B. der klinischen Forschung kann eine Gesetzesänderung angegangen werden.

TOP 7: Leitlinienentwicklung der wissenschaftlichen medizinischen Fachgesellschaften

Prof. Lorenz berichtet über das Leitlinien-System der AWMF, welches mit seinem Drei-Stufen-System der Entwicklung mittlerweile auch international nicht nur akzeptiert, sondern sogar als Muster angesehen wird. In der Zwischenzeit ist gemeinsam mit der Ärztlichen Zentralstelle für Qualitätssicherung ein Leitlinien-Manual erarbeitet worden, dessen Internet-Version über die Homepage der beiden Organisationen abgerufen werden kann, was demnächst aber auch als Sonderheft der Zeitschrift für ärztliche Fortbildung und Qualitätssicherung gedruckt erscheinen wird. Die AWMF ist mittlerweile eine der herausgebenden Organisationen dieser Zeitschrift. Prof. Lorenz berichtet, daß bei der nächsten Leitlinien-Konferenz der AWMF am 8. Dezember 2000 das Thema „Kosteneffektivität“ auf dem Programm stehen wird, als zweites Thema jedoch auch die „Barrieren-Analyse“, bei welcher mit den Fachgesellschaften über Hinderungsgründe für die Entwicklung und Qualitätsverbesserung von Leitlinien diskutiert werden soll. Die Vortragsfolien von Prof. Lorenz sind im Anhang als **Anlage 3** beigefügt. In der Diskussion weist Prof. Stürmer darauf hin, daß es schwierig sein wird, die hochentwickelten Stufe 3-Leitlinien alle zwei Jahre zu novellieren. Prof. Lorenz weist darauf hin, daß die Zahl der zur Stufe 3 entwickelten Leitlinien in jeder Fachgesellschaft klein gehalten werden sollte und nur in Ausnahmefällen fünf pro Fach überschreiten sollte.

TOP 8: Elektronische Publikation: German Medical Science

Der Leiter der Zentralbibliothek für Medizin, Herr Korwitz und Herr Dr. Kaiser vom Deutschen Institut für Medizinische Dokumentation und Information (DIMDI) berichten über den aktuellen Stand der Entwicklung des Projektes „German Medical Science (GerMedSci)“. Die Vortragsfolien von Herrn Korwitz und Dr. Kaiser sind dem Protokoll als **Anlage 4** beigefügt. In der Diskussion ergibt sich, daß das Projekt nach der zu erwartenden Bewilligung von Fördermitteln der Deutschen Forschungsgemeinschaft zum Beginn des kommenden Jahres in die Praxis umgesetzt werden kann. Deshalb bittet Prof. Reinauer die Versammlung, der Gründung von „German Medical Science“ als elektronisches Publikationsorgan der AWMF und ihrer Fachgesellschaften zuzustimmen und die Fachgesellschaften aufzufordern, sich an der Realisierung dieses Projektes zu beteiligen. Die Delegiertenkonferenz stimmt dem per Akklamation zu.

Die Fachgesellschaften haben der AWMF bisher rund 70 Vertreter für das zukünftige "Scientific Committee" von GerMedSci benannt. Anfang des kommenden Jahres soll die "Gründungssitzung" dieses Gremiums stattfinden, das aus seiner Mitte das "Editorial Board" wählen wird.

Prof. Klar berichtet, daß die Deutsche Gesellschaft für Medizinische Informatik, Biometrie und Epidemiologie (GMDS) bereits beschlossen hat, ihre bisherige Zeitschrift in der gedruckten Form auslaufen zu lassen und sich an der elektronischen Publikation zu beteiligen. Für seine Fachgesellschaft ergeben sich dadurch Einsparungen von rund 50 TDM pro Jahr. Weitere Fachgesellschaften sind aufgefordert, sich ebenfalls an dem Projekt zu beteiligen.

TOP 9: Entwicklung eines „Standardisierten Verfahrens zur Beurteilung der Notwendigkeit von vollstationären Krankenhausbehandlungen (AEP-Verfahren)“

Herr Meister von der Deutschen Krankenhausgesellschaft berichtet, daß der Medizinische Dienst der Spitzenverbände der Krankenkassen am 1. September 2000 das sogenannte AEP-Verfahren (Appropriateness Evaluation Protocol) in Kraft gesetzt hat, ohne das dieses vorher ausreichend innerärzt-

lich auf seine Verwendbarkeit zur Fehlbelegungsfeststellung an Krankenhäusern diskutiert worden ist. Besonders strittig in diesem Zusammenhang ist die Frage, ob die medizinischen Dienste der Krankenkassen auch ohne konkreten Verdacht im Einzelfall flächendeckend Fehlbelegungsprüfungen mit diesem AEP-Verfahren durchführen dürfen. Aus Sicht der Deutschen Krankenhausgesellschaft muß der Krankenhausarzt die Kompetenz weiterhin behalten, über die Notwendigkeit der stationären Aufnahme entscheiden zu können. Nur in dem Fall, in dem ein Arzt absehbar falsch entschieden hat, kann die Krankenkasse wegen einer Fehlbelegung vorgehen.

Dr. Sangha berichtet, daß AEP ein Instrument, aber kein geeignetes Verfahren zur Feststellung der Fehlbelegung darstellt. Die bisherigen Anwendungen des Instruments, an dessen Entwicklung er selbst mitgearbeitet hat, erlauben keine Antwort auf die Frage, ob es in diesem Krankenhaus Fehlbelegungen gibt, meistens werden damit nur Dokumentationsprobleme aufgedeckt. Er stellt fest, daß eine Fehlbelegung auch keineswegs mit einer Fehlbehandlung gleichgesetzt werden darf. AEP ist in den USA entwickelt worden, um klinikinterne Qualitätssicherung zu leisten, und zwar hinsichtlich der Strukturen des Krankenhauses. Deshalb ist die Richtlinie des MDS (Medizinischer Dienst der Spitzenverbände) aus seiner Sicht völlig inadäquat und zur Beurteilung der Fehlbelegung im Einzelfall auch völlig ungeeignet. Dr. Sangha empfiehlt, das derzeit in der Richtlinie vorgeschriebene Verfahren auszusetzen, da es für das angestrebte Ziel keineswegs adäquat sei. (siehe **Anlage 5; Ausführliche Literatur im Internet über <http://www.bfv-online.de/BFV/AEP> oder <http://www.med.uni-muenchen.de/mfv/aep.html>**)

Prof. Hansis vom MDS berichtet, daß die rechtlichen Rahmenbedingungen tatsächlich unklar seien, daß aber in einigen Bundesländern bereits seit vielen Jahren flächendeckend nach Fehlbelegungen gesucht werde. Wenn man aus seiner Sicht nachsehen will, ob die stationären Einrichtungen adäquat genutzt werden, muß ein Konsensus über das dafür verwendete Instrument hergestellt werden. Es kann auf jeden Fall nur die Dokumentation, die ohnehin im Krankenhaus vorhanden ist, für diesen Zweck verwendet werden, um ex ante festzustellen, ob eine stationäre Aufnahme zum Aufnahmezeitpunkt adäquat war. Prof. Hansis hält das AEP-Verfahren vom gedanklichen Konstrukt her für geeignet, diese Aufgabe zu leisten, er gesteht aber zu, daß das Instrument noch angepasst werden müsse. Dabei sollen auf jeden Fall die wissenschaftlichen Fachgesellschaften mit einbezogen werden.

In der Diskussion weist Prof. Hartel darauf hin, daß zukünftig auch die Patienten Mitscheidende für die Aufnahme sind, wenn Selbstbeteiligungen der Patienten bei der Finanzierung des Gesundheitswesens hinzukommen. Er weist weiterhin darauf hin, daß in der Regel niedergelassene Fachärzte die Patienten in die Krankenhäuser einweisen. Die Medizin müsse wieder insofern professionalisiert werden, als nicht weiterhin Leute bei Entscheidungen mitreden dürfen, die nicht in der unmittelbaren Behandlungssituation stehen. Alle zusätzlichen Prüfverfahren träfen aus seiner Sicht lediglich Ressourcen in einem budgetierten System, die für die eigentliche Krankenversorgung dann nicht mehr zur Verfügung stehen. Prof. Stürmer weist darauf hin, daß eigentlich Betten reduziert werden sollen, die Politiker sich aber scheuen, dies direkt zu beschließen. Prof. Klar schlägt vor, dieses wichtige Thema innerhalb der AWMF in einer Arbeitsgruppe weiter zu bearbeiten. Prof. Reinauer schlägt vor, daß Prof. Klar die Leitung dieser Arbeitsgruppe übernimmt. Als weitere Teilnehmer melden sich Prof. Sass, Prof. Gostomzyk, Prof. Zehle, Prof. Freund und Prof. Lorenz (Neurochirurgie).

TOP 10: „Wissenschaft im Dialog“ - Jahr der Lebenswissenschaften

Prof. Bock berichtet, daß das Bundesministerium für Bildung und Forschung beabsichtigt, das Jahr 2001 zum „Jahr der Lebenswissenschaften“ auszurufen, in welchem eine ganze Reihe von Veranstaltungen zu diesem Themenkomplex stattfinden sollen. Prof. Bock hat die AWMF bei einer Besprechung im Ministerium vertreten, die wissenschaftlichen Fachgesellschaften der Medizin sind aufgefordert, sich daran zu beteiligen. Es werden im Laufe des Jahres 2001 eine Reihe von Veranstaltungen stattfinden, nähere Informationen sind über die entsprechende Arbeitsgruppe beim Projektträger Gesundheitsforschung in Bonn zu erhalten (Adresse siehe **Anlage 6**). Prof. Bock empfiehlt, Themen wie beispielsweise die Transplantationsmedizin, die Gentechnik, Robotik im Operationssaal oder Tumorforschung in diesem Zusammenhang der Öffentlichkeit vorzustellen.

TOP 11: Weiterbildung: „Zukunft Unfallchirurgie - Orthopädie“

Prof. Stürmer berichtet über die Überlegungen der Deutschen Gesellschaft für Unfallchirurgie und der Deutschen Gesellschaft für Orthopädie, wie die „Schnittmengen“ von beiden Fächern in einer zukünftigen Weiterbildungsordnung zusammengefaßt werden könnten. Prof. Jani weist darauf hin, daß es in vielen Ländern der Welt die „Orthopedic Surgeons“ gibt, daß es aber in Deutschland noch länger dauern wird, bis die gemeinsame Weiterbildung funktionieren wird. Bis dahin gibt es weiterhin Orthopäden und Unfallchirurgen.

TOP 13: Bericht vom Medizinischen Fakultätentag

Prof. von Jagow berichtet, daß die letzte Sitzung des Fakultätentages vom 22. bis 24. Juni 2000 in Erlangen stattgefunden hat. Themen waren beispielsweise das IMPP in Mainz, Fragen der Molekularmedizin, der Sportmedizin und der „Leistungsorientierten Vergütung“ von Hochschullehrern. Darüber hinaus beschäftigt sich der Fakultätentag mit dem Dienst- und Besoldungsrecht und der Frage, ob zukünftig die Habilitation abgeschafft werden solle und eine „Junior-Professur“ eingeführt werden könnte. Zur ärztlichen Ausbildung berichtet Prof. von Jagow, daß eventuell in der zweiten Hälfte des Jahres 2001 eine neue Kapazitätsverordnung vorgelegt werden soll, wobei es noch fraglich sei, ob eine neue Approbationsordnung noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden kann. Das derzeit größte Projekt des Fakultätentages ist eine Synopse der 36 medizinischen Fakultäten der Bundesrepublik Deutschland, die in einer umfassenden Befragungsaktion Angaben zu ihren Strukturen machen sollen. Der nächste medizinische Fakultätentag wird im Juni 2001 in Bonn stattfinden.

TOP 14: Kuratorium für Klassifikation im Gesundheitswesen

Prof. Bock berichtet, daß sich das Kuratorium intensiv mit den Fragen der Anpassung der ICD und des OPS-301 auf die Bedürfnisse des pauschalierten Vergütungssystems nach DRGs beschäftigt, wobei der OPS-301 deutlich an die Grenzen der Erweiterungsfähigkeit gestoßen ist. Das Kuratorium verfolgt deshalb weiterhin intensiv das Ziel, ein multiaxiales Prozedurenkodiensystem (PCS, deutsche Version) in Deutschland einzuführen.

TOP 15: Arbeitskreis „Ärzte und Juristen“

Prof. Bock berichtet, daß sich der Arbeitskreis „Ärzte und Juristen“ Mitte November in Würzburg treffen wird und die Leitlinien sowie Patentierung biotechnologischer Erfindungen zum Thema haben wird. Die wissenschaftlichen medizinischen Fachgesellschaften sind weiterhin aufgefordert, interessierte Teilnehmer für diesen Arbeitskreis zu benennen.

TOP 16: Öffentlichkeitsarbeit

Herr Müller berichtet über die aktuellen Abrufzahlen im Internet-Angebot der AWMF, die entgegen den ursprünglichen Erwartungen (Erreichen einer „Sättigung“) weiterhin praktisch linear ansteigen (siehe: <http://awmf.org/awmfstat.htm>). Die AWMF-Geschäftsstelle nutzt als Instrument der Öffentlichkeitsarbeit intensiv den „Informationsdienst Wissenschaft“ (Internet-Adresse: <http://idw.tu-clausthal.de>), der von den Pressestellen der deutschen Hochschulen und Forschungseinrichtungen gemeinsam betrieben wird. Dieser Informationsdienst steht über die AWMF auch allen Medizinjournalisten zur Verfügung, die für einzelne Mitgliedsgesellschaften die Öffentlichkeitsarbeit im Zusammenhang mit Jahrestagungen organisieren.

Ein neues Instrument für die Öffentlichkeitsarbeit innerhalb der AWMF ist eine e-mail-Liste, die von der AWMF-Geschäftsstelle mittlerweile eingerichtet worden ist. Die Fachgesellschaften sind aufgefordert, die e-mail-Adressen ihrer Vorstände bzw. Geschäftsstellen dort selbst einzugeben und zu pfle-

gen, damit sie in diesen elektronischen Verteiler der AWMF immer aktuell eingebunden sind. Im nächsten Mitteilungsblatt der AWMF wird es weitere Hinweise dazu geben.

TOP 17: Verschiedenes

Die Delegiertenkonferenzen der AWMF werden im kommenden Jahr am 12. Mai 2001 und 10. November 2001 in Frankfurt am Main stattfinden.

Ende der Sitzung: 15.⁰⁰ Uhr

Protokoll:
Prof. von Troschke, Prof. Encke, Prof. Reinauer, W. Müller